



München, 26. Oktober 2009

Barroso darf sich nicht am Einkommen der Bauern vergreifen

BBV weist Kürzungsüberlegungen beim EU-Agrarhaushalt aufs Schärfste zurück

München (bbv) – Die Land- und Forstwirtschaft ist eine Zukunftsbranche, die wesentlich dazu beitragen kann, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern: gesicherte Versorgung von 500 Millionen EU-Bürgern Tag für Tag, Nutzung der Potenziale für den Ersatz fossiler Energieträger durch Bioenergie und für Beiträge zum Klimaschutz. „EU-Kommissionspräsident José Barroso würde sich mit seinen Überlegungen, den EU-Agrarhaushalt nach 2013 zu kürzen, an den Einkommen unserer Bauern vergehen“, erklärte Präsident Gerd Sonnleitner im BBV-Präsidium. Die EU-Ausgleichszahlungen seien ein berechtigter Kostenausgleich für die in Europa hohen Standards.

„Unsere Familienbetriebe sind und bleiben auf die EU-Ausgleichszahlungen angewiesen, um überhaupt einigermaßen ein Einkommen aus der Landwirtschaft zu erzielen. Ich fordere die Bundeskanzlerin auf, Barrosos Pläne zu stoppen“, betonte Sonnleitner. Die neue Bundesregierung müsse nun gemäß dem Koalitionsvertrag sofort für die Bauern kämpfen. Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungspartner darauf verständigt, dass die erste Säule der EU-Agrarpolitik stark bleiben und auch die zweite Säule ausreichend finanziert werden muss.